

Auf den Weg gebracht: Verpflichtender Einbau von unsichtbaren Fahrbegleitern, die in der Not helfen

„Jeder Tote und jeder Schwerverletzte ist einer zu viel!“

Das EU-Parlament hat meinen Berichtsentwurf zur Straßenverkehrssicherheit vergangene Woche mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Künftig sollen Fahrerassistenzsysteme, die die Verkehrssicherheit verbessern, verpflichtend in alle Neufahrzeuge eingebaut werden. Hintergrund meines Gesetzesvorschlags ist die Tatsache, dass auf den europäischen Straßen jährlich noch immer über 25.500 Menschen sterben und 135.000 schwer verletzt werden.

Jeder Tote und jeder Schwerverletzte ist in meinen Augen einer zu viel! Deshalb schlagen wir den verpflichtenden Einbau von sicherheitsrelevanten Fahrerassistenzsystemen vor. Bei über 90 Prozent der Unfälle trägt das menschliche Fehlverhalten eine Mitschuld und bei über 70 Prozent ist es sogar die Hauptursache für den Unfall. Die gesteigerte Unachtsamkeit und Ablenkung vieler Autofahrer, etwa durch Smartphones und Tablets, sind erschreckend. Sie sind deshalb genauso ernst zu nehmen wie Alkohol und Drogen am Steuer.

Die Fahrerassistenzsysteme sollen vor allem helfen, Unfälle mit schwächeren Verkehrsteilnehmern wie Fußgängern und Radfahrern zu vermeiden. In Stadtgebieten sind sie bei der Hälfte aller Fälle die Opfer von tödlichen

Verkehrsunfällen. Deshalb fordern wir den verpflichtenden Einbau derjenigen Fahrerassistenzsysteme, die einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit leisten, ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen und bereits marktreif sind. Beispiele sind der automatische Notbremsassistent mit Fußgänger- und Radfahrererkennung, die Notbremsanzeige, der Spurhalteassistent, der Abbiegeassistent in Verbindung mit Kameravorrichtungen bei Lkw zur Verringerung des toten Winkels sowie der automatische Notruf „eCall“ für Motorräder.

Ich bin mir sicher, dass wir aufgrund der gemeinsamen Nutzung von technischen Komponenten und der erhöhten Stückzahlen nur mit einer minimalen Preiserhöhung des Gesamtfahrzeugs rechnen müssen. Ich finde, jeder sollte von den unsichtbaren Fahrbegleitern, die in der Not helfen, profitieren können. Straßenverkehrssicherheit darf keine Frage des Geldbeutels sein! Fahrerassistenzsysteme sind kein Spielzeug! Sie sollen helfen, das Fehlverhalten von Fahrern zu kompensieren sowie deren Ablenkung und Unaufmerksamkeit zu minimieren.



Einen ausführlichen Videobeitrag zu meinem Bericht zur Straßenverkehrssicherheit sehen Sie hier.

! Gedenktag für Verkehrsunfallopfer: Mein Dank an die Rettungsdienste, Ärzte und Polizisten

Gestern war der weltweite Gedenktag für Verkehrsunfallopfer. Wie jedes Jahr am dritten Sonntag im November gedachte die Dachorganisation der Verkehrsunfallopferorganisationen, die European Federation of Road Traffic Victims (FEVR), an dem Tag all der Personen, die ihr Leben oder ihre Gesundheit durch Straßenverkehrsunfälle verloren haben. Für mich ist dieser Tag auch ein Zeichen des Dankes gegenüber den engagierten und hochprofessionellen Rettungskräften, Polizisten und Ärzten, die tagtäglich mit den traumatischen Folgen von Tod und Verletzung auf den Straßen konfrontiert sind. Ich finde, wir können ihnen nicht genügend Respekt zollen!

Aus dem Europäischen Parlament

EU-Parlament ergreift förmliche Maßnahmen, um die erste Stufe des Verfahrens nach Artikel 7 gegen Polen einzuleiten

Im Spannungsverhältnis von Selbstachtung und Mandat

Mir platzt bald der Kragen! Die ungarischen Mitglieder meiner Fraktion stellen sich im Rechtsstaatsverfahren gegen Polen auf dessen Seite.

Wo bleibt da die Selbstachtung, wenn man das freie Mandat unter die Räder kommen lässt, nur weil man von der Willkür seines Regierungschefs abhängig ist? Bestimmt haben Sie es in den Medien verfolgt: Das EU-Parlament hat einen weiteren Schritt gemacht, um gegen Polen das sogenannte Artikel-7-Verfahren einzuleiten. Der Artikel 7 des Lissabonner Vertrags greift bei „schwerwiegender und anhaltender Verletzung“ europäischer Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und kann zur Aussetzung der Stimmrechte Polens im Rat führen. Ein Drittel der Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament oder

die EU-Kommission können solch ein Verfahren auslösen. Damit es jedoch zu diesem Schritt kommen kann, müssen vorher die Staats- und Regierungschefs der übrigen EU-Länder einstimmig feststellen, dass tatsächlich ein „schwerwiegender und anhaltender“ Verstoß vorliegt. Dass die ungarische Regierung ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen nicht unterstützt, wissen wir schon lange. Dass sich jetzt aber auch meine ungarischen Fraktionskollegen – gegen die übergroße Mehrheit des Parlaments – auf die Seite Polens schlagen, finde ich unerträglich! Sie sollten sich fragen, ob sie in unserer Fraktion, die demokratische, freiheitliche und rechtsstaatliche Werte vertritt, überhaupt noch am richtigen Platz sind. Für mich hat der zum EVP-Präsidium gehörende ungarische Kollege József Szájer jeglichen Respekt verspielt.

Europäisches Kino im Rampenlicht: Schwedisch-norwegisch-dänische Koproduktion ausgezeichnet

„Sami Blood“ gewinnt LUX-Filmpreis des Europäischen Parlaments

Vergangene Woche haben wir im Europaparlament in Straßburg die diesjährige Gewinnerin des LUX-Filmpreises ausgezeichnet. In ihrem berührenden Drama „Sami Blood“ portraitiert die schwedische Regisseurin Amanda Kernell ein 14-jähriges Mädchen aus der indigenen Volksgruppe der Samen in Schweden, das von einem anderen Leben träumt und seine Gemeinschaft hinter sich lässt. Doch in der Gesellschaft, zu der sie gehören will, wird sie abgelehnt und mit An-

feindungen, Missbrauch und Rassismus konfrontiert. Mit dem LUX-Preis unterstützen wir seit 2007 jährlich einen europäischen Film, der auf besondere Weise das Publikum berührt und mit Blick auf die aktuellen sozialen und politischen Herausforderungen in Europa zum Nachdenken anregt. Der Film wird in alle 24 Amtssprachen der EU übersetzt und in allen Mitgliedstaaten gezeigt. Er wird außerdem für hör- und sehbehinderte Menschen produziert und beim internationalen Vertrieb unterstützt.



Mein Lesetipp für Sie: Die Herausforderungen der Europäischen Verteidigungspolitik

23 Mitgliedstaaten der EU haben beschlossen, künftig die europäischen Verteidigungskapazitäten zu bündeln. Die konkrete engere militärische Kooperation soll im Dezember mit dem Aufbau eines von Deutschland und Frankreich angestoßenen Sanitätskommandos starten. Das wurde auch Zeit, finde ich! Zwar gibt es bisher noch keine weiteren genauen Pläne, aber das Willensbekenntnis eines Großteils der Staats- und Regierungschefs ist immerhin ein Anfang. Zu den Herausforderungen der Europäischen Verteidigungspolitik gibt es übrigens eine interessante Publikation zweier wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie analysieren darin das Reflexionspapier der EU-Kommission zur Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, das drei Optionen für die künftige Entwicklung der europäischen Verteidigungspolitik skizziert. Sie erklären die wichtigsten Elemente dieses Papiers und zeigen auf, was zu tun ist: Welche Hürden bestehen noch auf dem Weg zu einer effektiveren Verteidigungspolitik und wie sind sie zu nehmen? Die Publikation finden Sie unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.49602/>

Aus dem Europäischen Parlament

Neue Antidumping-Gesetze – Europäische Unternehmen sind dankbar für die Unterstützung aus dem Parlament

Europäischer Industrie wird keine zusätzliche Beweislast auferlegt

Zum ersten Mal schreiben die EU-Handelsvorschriften den Handelspartnern außerhalb der EU weltweit vor, dass sie internationale Sozial- und Umweltstandards einhalten müssen.

Immer mehr Branchen fühlen sich in Europa von den stark gedumpten Exporten aus Fernost bedroht. Die EU-Kommission hat deswegen bereits mehrere Maßnahmen ergriffen, um die europäische Industrie zu schützen, die den Einfuhren (besonders aus China) zu gedumpten Preisen unterhalb ihrer Kosten nicht standhalten kann. So wurden zum Beispiel schon erfolgreich spezielle Schutzmechanismen für die Stahl- oder die Solarbranche eingeführt. Aber auch über kleinere Wirtschaftszweige wie die Produktion von bestimmten Glasfasergeweben hat die Kommission ihre schützende Hand gehalten.

Damit die europäischen Unternehmen in Zukunft effektiver und schneller vor der aggressiven Preispolitik einiger

Drittstaaten geschützt werden, haben das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten Anfang Oktober Absprachen über neue Antidumping-Gesetze getroffen. Vergangene Woche haben wir die neuen Handelsregeln offiziell in Straßburg verabschiedet. Auch der Rat der EU wird sie demnächst unterschreiben, sodass die Gesetze in Kürze in Kraft treten werden.

In den neuen Vorschriften haben wir festgelegt, dass künftig die Auswirkungen des Sozial- und Umweltdumpings bei der Entscheidung über Antidumpingmaßnahmen berücksichtigt werden. Der EU-Industrie wird zudem bei Antidumping-Verfahren keine zusätzliche Beweislast auferlegt. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten Unterstützung bei der Abwicklung von Verfahren. Neu ist außerdem, dass sich alle beteiligten Parteien, insbesondere Gewerkschaften, künftig an den Entscheidungen über handelspolitische Schutzmaßnahmen beteiligen können.

Verbreitung europäischer Filme

Verleiher können Anträge auf EU-Förderung stellen



Die EU unterstützt die grenzüberschreitende Verbreitung künstlerischer Werke, damit sie auch in anderen Mitgliedstaaten ein Publikum finden. Im Bereich Film gibt es etwa über das Programm „Creative Europe MEDIA“ Fördermittel für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Kinofilmen. Fast 17 Millionen Euro haben deutsche Verleiher und Weltvertriebe in der ersten Hälfte des mehrjährigen Programms dafür erhalten. Für die nächsten beiden Förderungen stehen jetzt wieder 9,75 Millionen Euro zur Verfügung. Anträge müssen bis zum 5. Dezember 2017

beziehungsweise bis zum 14. Juni 2018 eingereicht werden. Gefördert wird der Verleih von Spielfilmen, Dokumentarfilmen und Animationsfilmen ab einer Länge von 60 Minuten. Um Unterstützung zu erhalten, müssen sich mindestens sieben Verleiher aus verschiedenen Mitgliedstaaten zu einer Gruppe zusammenschließen, um einen nichtnationalen europäischen Kinofilm herauszubringen. Mehr Informationen unter:

<http://www.creative-europe-desk.de/artikel/2017-10-05/Distribution-Selective/?id=2254>

CEF-Antragsfrist wurde verlängert: Die EU-Kommission hat die Frist für Finanzierungsaufträge aus der laufenden „Connecting Europe Facility“ (CEF), deren Volumen sich auf eine Milliarde Euro beläuft, bis zum 12. April 2018 verlängert. Bevorzugt bedient werden Vorhaben, die Engpässe in den Netzen bei grenzüberschreitenden Verbindungen beseitigen, Investitionen in die Digitalisierung des Verkehrs beschleunigen und die der Intermodalität und Interoperabilität im Verkehrsnetz dienen. Zuschüsse aus der CEF werden nur im „Blending-Verfahren“ gewährt, das heißt, wenn gleichzeitig ein Teil der Finanzierung für ein Vorhaben von nationalen Entwicklungsbanken (wie die KfW), von der Europäischen Investitionsbank oder aus dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (Efsi) bereitgestellt wird.

Rückblick: Bürgerforum „Mitreden über Europa“ am 10. November in Weimar

EU-Politik wird nicht nur in Brüssel, sondern auch vor Ort gemacht

Wie wirkt sich europäische Politik in Thüringen aus? Was soll die EU regeln und was besser nicht? Das Bürgerforum „Mitreden über Europa“, das vom Informationsbüro des Europäischen Parlaments organisiert wurde, sollte den Bürgerinnen und Bürgern aus Weimar und Umgebung die Möglichkeit geben, über diese und andere Themen zu diskutieren. Über das große Interesse an der Veranstal-



tung habe ich mich sehr gefreut! Etwa 120 Gäste waren gekommen und haben uns Europa-Experten ihre Fragen gestellt. Neben mir standen auch mein Parlamentskollege Jakob von Weizsäcker (SPD), Jörg Kubitzki (Die Linke), Mitglied des Thüringer Landtags und Vorsitzender des Europaausschusses, sowie Prof. Dr. Olaf Leiße, Professor für Europäische Studien an der Universität Jena, den Teilnehmern Rede und Antwort.

Moderiert wurde das Forum von Susann Reichenbach vom MDR. Ziel der Veranstaltung war es, ein Forum für den Europadialog vor Ort zu schaffen. Besondere Bedeutung hatte deswegen an diesem Abend die regionale beziehungsweise lokale Dimension der europäischen Politik: „Mitreden über Europa“ hat gezeigt, dass EU-Politik nicht nur in Brüssel, sondern auch vor Ort gemacht und beeinflusst wird. Ganz besonders erfreut bin ich darüber, dass für mich von dieser Veranstaltung neue Impulse der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern ausgingen.

Bewerbungsphase für das Studienjahr 2018/2019 am College of Europe hat begonnen

Europa studieren und erleben – Intensiv und praxisnah

Liebe Thüringer Studierende, ich möchte Sie ausdrücklich ermutigen, sich am Bewerbungsverfahren für das renommierte College of Europe zu beteiligen! Die Bewerbungsphase hat jetzt begonnen. Im Studienjahr 2018/2019 stehen rund 30 Studienplätze und Stipendien für deutsche Hochschulabsolventen zur Verfügung.

Das College of Europe vermittelt seit 1949 jungen Europäern Kenntnisse und Fähigkeiten, um die Europäische Union zu verstehen und ihre Politik auf unterschiedlichsten Ebenen mitzugestalten. Die individuelle Schwerpunktsetzung in den fünf postgradualen Studiengängen, der hohe Praxisbezug und das internationale Netzwerk erleichtern

den Absolventinnen und Absolventen anschließend den Berufseinstieg. Jedes Jahr absolvieren mehr als 450 Studierende aus über 50 Ländern am College of Europe in Brügge (Belgien) und Natolin (Polen) eines der fünf EU-Masterprogramme in Politik, Recht, Wirtschaft, Internationale Beziehungen oder Interdisziplinäre Studien. Am Ende steht dann ein Abschluss als Master of Arts (M.A.) oder Magister Legum (LL.M.).

Das Bewerbungsverfahren läuft europaweit bis zum 17. Januar. Für die Vergabe der deutschen Stipendien und Studienplätze ist die Europäische Bewegung Deutschland zuständig. Weitere Infos unter: www.netzwerk-ebd.de/coe

Weihnachtsmarkt im EU-Parlament: Ich freue mich, dass auch in diesem Jahr wieder soziale Einrichtungen die Chance nutzen, sich im Europäischen Parlament zu präsentieren und Produkte zum Verkauf anbieten. Ich bin gespannt auf die Vielfalt der regional typischen Weihnachtsaccessoires! Wenn auch Sie, liebe Thüringer Vereine, einmal am Weihnachtsmarkt des Parlaments teilnehmen möchten, unterstütze ich Sie gern! Erfahrungsgemäß läuft der „Umsatz“ bei uns im Haus sehr gut. Die Märkte finden sowohl in Brüssel als auch in Straßburg und Luxemburg statt.

Service und Termine

★ Europäisches Jugendevent EYE2018

Das Europäische Parlament veranstaltet zum dritten Mal das European Youth Event, kurz EYE, am 1. und 2. Juni 2018 im und um das Europäische Parlament in Straßburg. Interessierte Jugendliche zwischen 16 und 30 Jahren erhalten die Chance, europäische Politik einmal hautnah mitzuerleben und mitzugestalten. Verschiedene Workshops werden angeboten, zum Beispiel kann man bei einem Planspiel selber in die Rolle eines Europaabgeordneten schlüpfen. Anmelden können sich Gruppen mit mindestens zehn Personen und einem volljährigen Gruppenleiter. Einzelanmeldungen sind nicht möglich. Bewerbungsschluss ist der 31. Dezember. Alle weiteren Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung erhalten Sie hier: <http://www.europarl.europa.eu/european-youth-event/de/home/home.html>

★ Fördermittel für weltweite Schulpartnerschaften

Für Schülerbegegnungen im Jahr 2018, die vom Auswärtigen Amt gefördert werden sollen, hat der Pädagogische Austauschdienst (PAD) jetzt die Antragsunterlagen auf seiner Website veröffentlicht. Für diese Schulpartnerschaften bietet der PAD insgesamt vier Förderprogramme an: Das German American Partnership Program, Schulpartnerschaften mit Ost-, Mittelost- und Südosteuropa sowie den Baltischen Staaten, Schulpartnerschaften mit Israel und Schulpartnerschaften der PASCH-Initiative. Zuschüsse zu Austauschbegegnungen können bis zum 15. Dezember beantragt werden. Mehr Infos unter: <http://bit.ly/2hlaSW5>

★ EfBB unterstützt Aktivitäten der Kommunen

Das Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) unterstützt europäische Aktivitäten der Kommunen. Gefördert werden bürgernahe, europäische Kooperationsprojekte, die Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zur Auseinandersetzung mit der

EU, ihrer Geschichte, der kulturellen Vielfalt und ihrer Politik motivieren. Die Unterstützung erfolgt durch die Bereitstellung von Referenten und die Organisation von Seminaren. Die Kontaktstelle Deutschland berät und informiert interessierte Städte und Gemeinden über das Förderprogramm. Infos unter: <http://bit.ly/1oakXDH>

★ Communicator-Preis

Mit dem mit 50.000 Euro dotierten Communicator-Preis zeichnen die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Stifterverband Wissenschaftler/innen aller Disziplinen für herausragende Leistungen in der Wissenschaftskommunikation aus. Der Preis würdigt das Engagement von Forscher/innen, die ihre Arbeit und ihr Fachgebiet einem breiten Publikum zugänglich machen und sich für den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft engagieren. Die wichtigsten Kriterien für die Vergabe des Preises sind die Breite und Vielfalt sowie die Originalität und Nachhaltigkeit der Kommunikationsleistung. Bewerbungen und Vorschläge können bis 5. Januar eingereicht werden unter: <http://bit.ly/2A6OkpG>

★ Öffentliche Konsultation zur „Europeana“

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur digitalen EU-Plattform für das Kulturerbe, Europeana, eingeleitet. Dort sind über 53 Millionen Kunstwerke, Artefakte, Bücher, Videos und Audios aus ganz Europa online verfügbar. Alle Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürger mit einem persönlichen oder beruflichen Interesse am digitalen Kulturerbe oder an Europeana im Besonderen sind gebeten, ihre Ansichten, Erfahrungen und Erwartungen in Bezug auf Europeana und die verschiedenen Aspekte der Plattform mitzuteilen. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die Bewertung von Europeana einfließen und die Ausrichtung der künftigen Entwicklung mitbestimmen. Die Konsultation endet am 14. Januar. Zur Beteiligung geht's hier: <http://bit.ly/2yqWibS>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter